



Zur Stützung der Mark.

SS Berlin, 22. Juni. Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Banken, der Industrie und des Handels über die Neuregelung des Devisenverkehrs sind in diesem größeren Kreise abgeschlossen. Beratungen im kleineren Kreise dürften auch weiterhin stattfinden. Die Ergebnisse der Beratungen liegen dem Reichskabinett in Form von Gutachten vor. Die einschneidendste Bestimmung der Maßnahmen der Regierung wird die Einführung eines Einheitskurses für Devisen sein. Damit soll dem Wonnittags- und Nachmittagsverkehr ein Ende gemacht werden. Zur Frage der Zentralisierung verlautet, daß die Banken die Initiative der Reichsregierung überlassen werden, weil sie selbst aus naheliegenden Gründen nicht geneigt sein dürften, von sich aus den Kreis der handelsberechtigten Banken zu beschränken. Übereinstimmung herrscht aber in den Besprechungen darüber, daß der Numerus clausus unbedingt notwendig wäre. Man war sich darüber klar, daß eine derartige Einschränkung und Zentralisierung z. B. für Industrie und Schiffahrt eine nicht unbedenkliche Erschwerung für die normale Abwicklung ihres Geschäftes bringen könnte. Die für den Augenblick als unerlässlich angesehenen Bestimmungen sollen sofort auf dem Verordnungsweg getroffen werden.

Die französische Antwort.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Poincaré hat gestern eine lange Unterredung mit dem belgischen Botschafter in Paris, wobei die Antwort auf den englischen Fragebogen erörtert wurde. Insbesondere handelte es sich, dem „Sicard“ zufolge, in den Besprechungen darum, welche Forderungen an die Reichsregierung zu stellen wären, damit der passive Widerstand im Ruhrgebiet als eingestrichelt betrachtet werden könnte. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen. Bisher konnten dem französischen Botschafter in London noch keine vollkommenen Instruktionen zugehen über die Mitteilungen, die er Lord Curzon machen soll.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“, der von Poincaré in der Regel dazu ausersuchen ist, den französischen Standpunkt bei wichtigen politischen Fragen der Öffentlichkeit bekannt zu geben, ist auch heute dazu ausgerufen, die Bedingungen zu veröffentlichen, die Frankreich dem englischen Kabinett bei der Beantwortung des Fragebogens zukommen lassen will. Frankreich wolle außer den folgenden Forderungen von England nichts, was irgendwie den Standpunkt beeinträchtigt, den das Kabinett Bonar Law gelegentlich der Pariser Januarkonferenz angenommen hatte. Frankreich erklärt, der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei nicht auf die Bevölkerung zurückzuführen, sondern sei durch die Reichsregierung verursacht. Besonders fordert Frankreich die sofortige Aufhebung aller Verordnungen der Reichsregierung, die den passiven Widerstand ermutigen, ferner die Einstellung der Zahlung von Unterstellungen an die Streikenden. Dagegen werden Frankreich und Belgien sich bereit erklären, alle Strafmaßnahmen gegen jene Personen aufzuheben, die den passiven Widerstand leiteten, insbesondere würde Krupp von Böhlen begnadigt werden. Dagegen würden die Zollstrafen bestehen bleiben. Die Kohlensteuer würde von den Alliierten weiter erhoben werden. Sobald ein Waffenstillstand im Ruhrgebiet abgeschlossen wäre, würden die französischen und belgischen Truppen auf das unbedingt notwendige Maß herabgesetzt werden. Sie würden auch nicht in den großen Städten verbleiben, sondern nur an weniger bevölkerten Punkten. Die Eisenbahnwerkstätten und Fabriken würden von der deutschen Polizei bewacht werden, nur würden die Alliierten sich ein Kontrollrecht vorbehalten. Die deutsche Zivilverwaltung würde wieder in allen Städten eingeführt werden. Die Besetzung würde bezirksweise und zwar nach Maßgabe der deutschen Reparationszahlungen aufgehoben werden. Der letzte Punkt, der unter der unsichtbaren Besetzung verbleiben würde, wäre Essen und Umgegend.

Merkwürdige Gerüchte.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Gerüchte, die der „Daily Telegraph“ verbreitet, als ob die Reichsregierung eine Annäherung an Frankreich zu direkten Verhandlungen zwecks Lösung des Ruhrkonfliktes einklärt, werden vom „Evening Standard“ in erweiterter Form aufgenommen. Es heißt, Deutschland habe nunmehr eine bestimmte Haltung eingenommen und indirekte Beziehungen zwischen Frankreich eingeleitet, damit engere Beziehungen wieder aufgenommen werden könnten. Die Vorschläge Deutschlands an Frankreich sind zwar noch nicht bekannt, man glaubt aber, daß sie sich auf die Bedingungen für Abschluß des Waffenstillstandes beziehen. In London wird das Gerücht dementiert, als ob das englische Kabinett auf Frankreich einen Druck ausgeübt hätte, damit es eine direkte Verständigung mit Deutschland in der Ruhrfrage suche. Die offiziellen Besprechungen zwischen Frankreich und England stehen noch immer dort, wo sie gelegentlich des letzten Besuchs des französischen Botschafters bei Lord Curzon abgebrochen worden waren. Auch der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt versichern zu können, daß die deutsche Regierung eine Initiative ergreifen wolle, um die Lage im Ruhrgebiet zu bessern. Indirekt sei das Berliner Kabinett an die französische Regierung herantreten, um den Waffenstillstand im Ruhrgebiet abzuschließen. Wie weit aber die Vorschläge der Reichsregierung gegangen sind, und welches Vermittlers sie sich bedient habe, sei unbekannt, ebenso wie diese Anträge von Frankreich aufgenommen worden seien.

Baldwin und Poincaré.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Nach dem „Petit Parisien“ scheint eine Begegnung zwischen Poincaré und Baldwin in Aussicht zu stehen. Doch soll diese erst stattfinden, sobald Frankreich und Belgien auf den englischen Fragebogen wegen Einstellung des passiven Widerstandes geantwortet haben. Die Besprechungen sollen entweder in Paris oder auf halbem Wege zwischen Paris und London, also wohl in Boulogne-sur-mer stattfinden und ein bis zwei Tage dauern.

Die Saarregierung flücht sich England.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Saarregierung hat die Verordnung vom 7. März zurückgezogen und glaubt dadurch, jede Erörterung über die Saarverwaltung auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates vermeiden zu können. Ob aber England diesen sehr spät eingetretenen Rückzug als ausreichenden Anlaß anerkennen wird, um die Forderung fallen zu lassen, daß die Gesamtverwaltung der Saarregierung erörtert werde, bleibt abzuwarten. Vermutet wird vielmehr, daß Lord Robert Cecil, der den Antrag der englischen Regierung begründen soll, auf diesem Antrag beharren wird. Die französische Presse gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß auf der nächsten Völkerbundstagung keine Debatte über diese Streitfrage stattfinden werde.

Rhein- und Ruhr-Chronik.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Rheinlandkommission erteilt eine neue Verordnung, wonach alle Zuckermengen in den Zuckerraffinerien der französischen Besatzungszone als blockiert zu gelten haben, weil Deutschland sich weigert, 20.000 T. Zucker an die französische Regierung zu liefern. Ausgenommen sind jene Zuckermengen, auf welche das Saargebiet und das belgische Gebiet Anspruch haben.

w. Düsseldorf, 21. Juni. In dem Revisionsverfahren wegen Verurteilung des Landwirtschaftslehrers Goeracs zum Tode machte Rechtsanwält Dr. Grimm aus Essen gegen die Gültigkeit des Urteils geltend: Das Gericht in Mainz sei für einen preukischen Staatsangehörigen nicht zuständig gewesen. Die Verordnung über die Verurteilung von Sabotagegegnern sei rechtswidrig. Das Verfahren vor dem französischen Kriegsgericht sei nur im Kriegsfall zulässig. Die Frage nach mitberührenden Umständen sei im Urteil unberücksichtigt geblieben. Das Urteil erwähne nichts über die Vernehmung von drei Zeugen. Die Rheinlandkommission sei bei Erstellung der Verordnungen über Sabotagegegnern nicht richtig gewesen. Der französische Berichterstatter widersprach den von der Verteidigung geltend gemachten Gründen. Am erwiderte Rechtsanwält Dr. Grimm, indem er anführte, daß er sich mit der Mehrheit des deutschen Volkes in der Verurteilung von Sabotagegegnern einig sei, dennoch könne er die Verurteilung der Urhebers solcher Handlungen nicht auslassen.

+ Gelsenkirchen, 21. Juni. Im Einvernehmen mit der Regierung wird die Staatsverwaltung Gelsenkirchen eine neue blaue Polizei errichten, die bereits in den nächsten Tagen ihren Dienst aufnehmen, und den bisherigen außerordentlichen Ordnungsdienst, in dem auch noch kommunizistische Elemente vertreten sind, ablösen wird. Die Leitung der neuen Polizei liegt in den Händen des Oberbürgermeisters, dem von dem Minister die Befugnisse des früheren städtischen Polizeipräsidenten übertragen sind. Die neue Polizei, deren Stärke noch nicht feststeht, wird mit Helm und Schutzhosen ausgerüstet werden und blaue Uniformen tragen. Die Besatzungsbehörde hat verkündet, daß die Liste der neuen Polizeibeamten ihrer Kontrolle unterstellt wird.

w. Münster, 21. Juni. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, wird die Passkontrolle im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet von Loz zu Loz härter abhandelt. Es sind jetzt auch die bedeutenderen Landwege durchweg mit Drahtberauben gesperrt. Auch auf Feldwegen sind Maschinengehecke aufgestellt worden und in den Wäldern streifen Patrouillen. Wenn jemand bei dem Versuch ertappt wird, die Grenze außerhalb der Kontrollpunkte zu überschreiten, wird er von den berittenen Truppen verfolgt.

Ein „Führer“ des Volkes.

+ Leipzig, 21. Juni. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Reigner hat in Planitz bei Zwickau eine Rede über die politische Lage im Reich und in Sachsen gehalten. Dr. Reigner erklärte, die Reichswehr sei von vornherein keine Stütze für die Republik gewesen. Die Industrie habe große Geldmittel aufgewendet für Organisationen zum angeblichen Schutze gegen außenpolitische Verwickelungen. In Wirklichkeit seien diese Gebilde für innerpolitische Vorgänge gedacht. Die Republik habe als wirklichen Schutz nur die Arbeiterschaft. Die größte Gefahr der gewalttätigen außenpolitischen Auseinandersetzung habe im April und Mai bestanden. Sie sei jedoch beseitigt, die innerpolitische Krise jetzt noch bevor. Es sei Zeit, den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben und bedingungslos zu verhandeln. Für Mitteldeutschland würden die nächsten Monate große Gefahren bergen, und es würde dazu kommen, daß der Arbeiterschaft die Forderungen bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen. Weiter behauptete Dr. Reigner, es sei nicht Zufall, daß in Leipzig und Dresden Rechts-Elemente angetroffen wurden. Es sei nicht Zufall, daß der Reichswehr Waffen abhanden kamen. Für Sachsen stehe viel auf dem Spiel. Der Kampf gehe um den Bestand und die Sicherung der Republik.

Der sächsische Ministerpräsident dürfte selbst bei seinen Genossen im besetzten Gebiet von jetzt ab als derjenige betrachtet werden, der zuerst das feige Wort von der Aufgabe des passiven Widerstandes öffentlich aussprach. Das verdient festgehalten zu werden für den Fall, daß die Sozialdemokratie wieder einmal von einer Dolchstoßlegende beim Ende des Ruhrkrieges spricht.

Reichsrat.

vdz. Berlin, 22. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittags eine öffentliche Vollversammlung ab, in der zunächst einer ganzen Anzahl von Gesetzen, die der Reichstag in der letzten Zeit verabschiedet hat, die Zustimmung in der Kassuna des Reichsrates erteilt wurde, so u. a. der Abänderung der Verfassungsgesetze, dem Annapflichtgesetz, der Verlängerung der Geltungsdauer des Weinsteuergesetzes bis Ende November dieses Jahres, der Abänderung der Finanzstrafgesetze, der Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes bis zum 1. April 1923, der Ausdehnung des Kapitalvertrages, der Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsverkaufgesetzes bis zum 31. Dezember dieses Jahres, dem Gesetz über die Sicherung der Brotversorgung und dem neuen Diätengesetz für die Reichstagsmitglieder. Die Gebühren der Rechtsanwälte im Verfahren vor den Spruchbehörden der Reichsbergbauverwaltung wurden auf 10.000 bis 50.000 Mark festgesetzt, die sonstige Gebührenordnung der Rechtsanwälte wurde zur Anpassung an die Geldwertveränderung nunmehr zum neunten Male geändert. Die Bestimmungen über die Veranlagungssteuer, die am 9. Juni 1921 erlassen worden sind, wurden in einigen Punkten geändert. Die absoluten Steuerfuß wurden durch relative ersetzt, um eine gleichmäßige Anpassung an den Geldwert herbeizuführen. Ferner wurden die Rahmenbestimmungen erweitert, innerhalb deren die Gemeinden von der in den Bestimmungen enthaltenen Mustersteuer-

ordnungen abweichen können. Schließlich wurden Veranlagungen des Amateurbrotbäckers von jeder Veranlagungssteuer befreit. Die neuen Bestimmungen traten am 1. August in Kraft treten. Der Reichsrat erklärte sich mit Beschluß des Steueraussschusses des Reichstages einverstanden, nach die Abzüge bei der Lohnsteuer und die Werbungskosten durchwegs auf das fünffache der jetzt geltenden Sätze zu werden.

Preussischer Staatsrat.

vdz. Berlin, 22. Juni. Der Preussische Staatsrat konnte in der Sitzung am Donnerstag die Beratungen am Ende zu führen, in der die Beschlüsse der Beratungen am Freitag in der Sitzung am Freitag mitgeteilt wurden. In der Donnerstagssitzung wurde nachstehend mitgeteilt, daß das Ministerium für die Eisenbahnen (Straßensund). Gegen eine Ausführungsanweisung zum Eisenbahngesetz wurden Einwendungen nicht erhoben, entgegen dem Gesetzentwurf über die Einrichtung und Verwaltung Landarmenvereine in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Angenommen wurde auch ein preussisches Ausführungsgesetz zum Kleinrentnerfürsorgegesetz. Dem Staatsrat kann der Entwurf eines Anleihegesetzes zur Verrückung von Mitteln für Kleinbahnen vor. Die Regierung wird mächtig zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen 450 Millionen Mark und zur Gewährung von Darlehen an leidende Kleinbahnen 8 Milliarden Mark zu verwenden. Staatsrat änderte die Beträge in 15 bzw. 20 Milliarden. In dem Entwurf der Vorlage am 15. Juni wurde ein Entwurf zur Anpassung der Steuererhebung an die Geldwertveränderung. Zum Schluß erledigte man noch einen Gesetzentwurf über staatliche Verwaltungsgebühren. Der dem Staatsrat in der Sitzung am Donnerstag vorgelegte Entwurf als für einzelne auf Veranlassung der Beteiligten vorangetragene Amtshandlungen staatlicher Organe, die im wesentlichen Einzelne betreffen. Verwaltungsgebühren für die Staatsämter werden sollen. Gebührenfreie sind solche Amtshandlungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgen und der öffentliche Verkehr nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Die belgische Ministerkrise.

* Paris, 22. Juni. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Neubildung des belgischen Kabinetts durch Theunis ist wahrscheinlich. Die Besprechungen des gestrigen Abends ließen die Möglichkeit eines Konfliktes in den Fragen der Sprache der Universität Ghent sowie der Militärdienstzeit als beseitigt erscheinen, so daß Katholik und Liberale zusammenarbeiten können. Es scheint, daß die Liberalen bereit sind, alle irgendwie zulässigen Opfer zu bringen um das Zustandekommen eines neuen Ministeriums Theunis ermöglichen. Wenn nicht ein unbegreifliches Ereignis eintritt, so die neue Ministerliste heute fertiggestellt werden. Dem neuen Kabinett dürften alle Minister der früheren Regierung mit den Ausnahmen angehören.

Harding gegen den Völkerbund.

+ St. Louis, 22. Juni. Präsident Harding hielt gestern eine Rede in St. Louis zur Vertretung des Eintritts Amerikas in den internationalen Gerichtshof, der aber nach Ansicht des Präsidenten völlig unabhängig vom Völkerbund sein müsse. Gegenüber heftigem Widerspruch aus dem Schoße der Versammlung antwortete Präsident Harding, daß nach seiner Auffassung für den internationalen Gerichtshof zwei Bedingungen erfüllt werden müßten: 1. müßte der Gerichtshof auch in der Praxis der Theorie, welche ihn gründet, entsprechen, und es dürfe kein Zweifel darüber bestehen, daß vom Völkerbund unabhängig sei; 2. müßten die Vereinten Staaten auf völlig gleichberechtigter Stufe mit den übrigen Mächten darin auftreten können. Der Präsident erklärte also, daß die amerikanische Nation mehr als je Gegenstand des Völkerbundes sei; es sei deshalb vorzuziehen, daß der Gerichtshof nichts mit ihm zu tun habe.

Der Ausbruch des Aetna.

+ Rom, 21. Juni. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 60.000 angenommen. Seit Sonntag abend ergießen sich die dem feuerpeinenden Gipfel 57 Lavaströme, die sich an seinem Fuße in einer Kalmulde zu einer großen Lavamasse vereinigen, die sich dann in zwei weiteren Strömen fortsetzt und weiterhin die Felder und Wälder vernichtet. Die italienische Regierung hat beschlossen, die Hilfe-Angebote des Auslandes zur Linderung der Aetna-Katastrophe abzulehnen, weil sie meine, daß die Regierung und Volk von Italien die nötigen Maßnahmen zu tragen müssen. Nur die Angebote von Italienern im Ausland sollen angenommen werden. Überall in Italien bilden Kommissionen für ein Hilfsnetz für die Geschädigten. Zahlreiche Torpedoboote, ein Schlachtschiff und mehrere Kreuzer sind von Brindisi nach Catania abgegangen, um Hilfe zu leisten. Catania, Linguaglossa und Castiglione lehren ein Teil der Einwohner wieder zurück, die Gefahr scheint dort nachgelassen zu haben. Der Bürgermeister von Linguaglossa hat dem Völkermittelteil, daß der Schaden dort auf 70 Millionen Lire geschätzt wird.

vdz. Vorläufig kein neues Ortsklassenverzeichnis.

89. Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Ortsklassenverzeichnis. Nach längerer Beratung kam der Ausschuß zu der Entscheidung, daß es bei der gegenwärtigen Lage nicht tunlich wäre, eine grundsätzliche Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses näherzutreten. Dagegen solle, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein neues Ortsklassenverzeichnis auf der Grundlage der Wohnungsverhältnisse geschaffen werden. Hinsichtlich der örtlichen Sonderaufträge sprach der Ausschuß den Wunsch aus, daß es mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen auch möglichst gleichmäßige örtliche Sonderzuschläge erhalten möchten.

Der Reichstagsausschuss für Wohnungswesen behandelt einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungs-mangel. Die Geltungsdauer der alten diesbezüglichen Bestimmungen endet am 30. Juni 1923. Bei der unverändert großen Wohnungsnot, mit deren baldiger Behebung nicht zu rechnen ist, erschien dem Ausschuss eine Verlängerung der Geltungsdauer notwendig, gleichzeitig wurden einzelne Änderungen des bisherigen Wortlauts der Vorschriften angeregt, die mit Rücksicht auf das Gesetz über Mietschutz und Mietvereinsämter sowie nach den Erfahrungen in der Praxis als zweckmäßig erschienen. Endgültige Beschlüsse sind jedoch erst in der nächsten Sitzung gefaßt werden, damit nach folgender Aussprache den Parteien Gelegenheit gegeben werden kann, noch etwaige Anträge einzubringen.

